

(34) Fachzeitschrift betreibt Fernhochschule

Die Zeitschrift "Jingji Guanli" (Wirtschaftsverwaltung) hat kürzlich in Zusammenarbeit mit entsprechenden Hochschulen, Industrie- und Bergbauunternehmen eine Fernhochschule gegründet. Diese Fachhochschule ist in erster Linie für Verwaltungskader oberhalb der mittleren Ebene zur Fortbildung gedacht. Da die Hochschule von der Zeitschrift betrieben wird, braucht sie kein staatliches Kapital zum Bau von Schulgebäuden. Für Unterrichtszwecke werden vorhandene Einrichtungen von Hochschulen, Wirtschaftsforschungseinheiten und Betrieben benutzt, von denen auch Lehrer und Experten bezogen werden. Gegenwärtig gibt es in ganz China 38 Niederlassungen dieser Hochschule; in diesem Jahr sollen über 8000 Studenten aufgenommen werden. Grundlage des Studiums ist das Selbststudium, die Lehrmaterialien sollen in der Zeitschrift erscheinen (GMRB, 20.7.83).

Es handelt sich hier um eine der zahlreichen Initiativen, um das fachliche Wissen von Kadern anzuheben und dem generellen Mangel an fachlichen Ausbildungsstätten abzuwehren. Die Fernhochschule ist in China eine weitverbreitete Einrichtung, weil sie mit relativ wenig Mitteln aufzubauen ist und hohe Studentenzahlen bewältigen kann.

-st-

(35) Hochschulausbildung in Tourismus

Wie die staatliche Tourismus-Verwaltung kürzlich bekanntgab, ist das ehemalige Zweite Fremdspracheninstitut in Beijing in eine Hochschule für Tourismus umgewandelt worden mit dem Zweck, mehr Dolmetscher und Verwaltungspersonal für die wachsende Tourismus-Industrie auszubilden. Das Institut kann seinen alten Namen weiter führen. Die Studentenzahl wird von bisher 1100 auf 3000 gesteigert. Zu den bereits bestehenden Spezialfächern Tourismus-Wirtschaft, Englisch, Japanisch, Französisch, Deutsch, Spanisch, Russisch und Arabisch kommen neu die Fächer Hotel-Management sowie Buchhaltung und Statistik für touristische Zwecke hinzu. Außerdem sollen an dem Institut ein Forschungszentrum für Tourismus eingerichtet und Fortbildungskurse für im Tourismus Tätige durchgeführt werden. Gegenwärtig arbeiten mehr als 60.000 Dolmetscher, Hotelbedienstete und Büroangestellte

im Tourismusgewerbe. Im Jahre 1982 hat China gut 1,5 Millionen ausländische und auslandschinesische Touristen empfangen. Es gibt eine weitere Tourismus-Hochschule und daneben fünf Hochschulen, die Spezialfächer für Tourismus anbieten. Darüber hinaus werden an drei örtlichen Tourismus-Schulen Hotelbedienstete, Köche und Buchhalter ausgebildet (XNA, 6.8.83).

-st-

AUSSENWIRTSCHAFT

(36) Neue Devisenkontrollbestimmungen erlassen

Am 1.8.1983 hat die Volksrepublik neue Devisenkontrollbestimmungen veröffentlicht, aufgrund derer den ausländischen Unternehmen, die sich an der gemeinsamen Ausbeutung der chinesischen Öllager vor der Küste beteiligen, eine Vorzugsbehandlung gewährt wird. Die Bestimmungen wurden zur Durchführung der Vorschriften für ausländische, überseechinesische und chinesisch-ausländische Unternehmen formuliert, die in den am 18.12.1980 in Kraft getretenen provisorischen Regelungen für die Devisenkontrolle enthalten sind.

Ausländische Unternehmen, die an der Ölsuche im Südchinesischen Meer beteiligt sind, können Gelder für unabhängige Probebohrungen oder gemeinsame Ölerschließungsarbeiten nun bei ausländischen Banken oder Banken in Hongkong und Macao deponieren. Sie können auch ausländische Arbeiter, Subcontractors, Lieferfirmen, Vermittlungen und Dienstleistungen direkt außerhalb Chinas bezahlen. Ausländische Investoren können außerdem Produkte aus Aufschließungsprojekten, die sie als Dividendenanteile erhalten, außer Landes bringen oder in China verkaufen und frei über die Einnahmen verfügen, nachdem Steuern und andere fällige Zahlungen beglichen sind.

Wie die chinesische Devisenkontrollbehörde erklärte, bleibe es Chinas langfristige Politik, Überseechinesen, Landsleuten aus Hongkong und Macao sowie ausländische Investoren zu Investitionen oder zur Führung gemeinsamer Unternehmen in China zu ermutigen. Sie können ihre Valuta-Einnahmen nach eigenem Ermessen verwenden und brauchen sie nicht an die Bank of China zu verkaufen. Ihre normalen Devisenausgaben können Sie von ihren Depositenkonten bestreiten. Sie

können ebenfalls in China oder anderen Ländern Kredite aufnehmen. Ihre Nettogewinne nach Abzug von Steuern können von ihren Deviseneinlagekonten ins Ausland überwiesen werden, und wenn sie ihr Devisenkapital aus China überweisen wollen, können sie bei der staatlichen Verwaltung für Devisenkontrolle oder deren Zweigbüros einen Antrag stellen und die Überweisungen von ihren Deviseneinlagekonten durchführen. Die Regierung erklärte, daß zu Verrechnungszwecken und für die Einrichtung von Konten innerhalb Chinas der Renminbi genutzt werden soll, jedoch könnten, um überseechinesische Unternehmen, ausländische Unternehmen und chinesisch-ausländische Unternehmen zu unterstützen und ihre Geschäfte zu erleichtern, andere ausländische Währungen benutzt werden, wenn Waren, die China importieren muß, oder Waren, die China exportiert, verkauft bzw. von China gekauft werden und wenn Verträge mit chinesischen Aufbaufirmen unterzeichnet werden (XNA, 1.8.83).

-lou-

(37) Chinas Außenhandel wächst weiter

In der ersten Hälfte dieses Jahres erzielte die Volksrepublik einen Handelsüberschuß von 2,4 Mrd. US\$. Dies teilte Huang Wenjun, ein Sprecher des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel, mit. Der Wert der Exporte betrug 10 Mrd. US\$, 2,2% weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Real sei damit das Exportvolumen immer noch um 11,9% angestiegen. Der Importwert erreichte 7,58 Mrd. US\$, das waren 2,9% weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres und ein realer Anstieg von 13,2%.

Bei den Exporten nahmen landwirtschaftliche, Nebenerwerbs- und Landesprodukte zu, während ein Rückgang bei Rohöl, Kohle, Stahl und Zement zu verzeichnen war. Bei den Importen nahmen Kunstdünger, Getreide, Zucker, Stahl, Nicht-Eisenmetalle, Bauholz, Gummi, Einzelausrüstungen und Instrumente beträchtlich zu, während ein Rückgang bei Baumwolle, synthetischen Fasern und kompletten Ausrüstungen zu verzeichnen war (XNA, 5.8.83).

-lou-

(38) Die Volksrepublik verlangt deutsche Finanzhilfen

China hat der deutschen Wirtschaft mit dem Verlust von Aufträgen gedroht, wenn die Finan-

zierungsbedingungen für Waren aus der Bundesrepublik nicht günstiger werden. Der stellvertretende Außenhandelsminister Wei Yuming konfrontierte den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau bei dessen Besuch in Beijing mit der äußerst scharf formulierten Forderung, Bonn müsse beispielsweise über den Entwicklungshilfshaushalt dazu beitragen, daß die Finanzierungsmodalitäten für ausländische Käufer in der Bundesrepublik besser würden. Andererseits würden der deutschen Wirtschaft "viele Aufträge" verloren gehen. Die Konkurrenz anderer Lieferländer im Chinageschäft sei "sehr stark".

Der Besuch von Ministerpräsident Rau erhielt mit diesen Äußerungen einen neuen Akzent. In vorausgegangenen Gesprächen hatten Spitzenvertreter der chinesischen Staatsführung lediglich den Wunsch nach verstärktem Engagement deutscher Unternehmen bei der Modernisierung der chinesischen Volkswirtschaft ausgesprochen. Keine Bedingungen wurden jedoch für die Ausweitung deutscher Exporte nach China gestellt.

Es wird in absehbarer Zeit aus Gründen der angespannten Haushaltslage keine staatliche finanzielle Unterstützung für deutsche Exporte nach der Volksrepublik China geben. Das verlautete am 24.8.83 aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu den Verhandlungen des Ministerpräsidenten Rau in Beijing.

Bislang erhält die Volksrepublik nur technische Hilfe und hat es nach den Ausführungen des Ministeriums stets selbst abgelehnt, Kredithilfen zu erhalten, wenn damit eine Einschränkung der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland an ärmere Länder verbunden war. Es blieben nur die Absicherungen von Exportkrediten über Hermes, woraus jedoch nicht von vornherein besonders günstige Kreditkonditionen, wie China sie verlangt, resultieren (FR, 23.8.83; NfA, 25.8.83).

(39)

Wieder japanische Entwicklungskredite für die Volksrepublik

Wie in den Vorjahren vergibt Japan an die Volksrepublik auch im Fiskaljahr 1983/84 wieder niedrig-verzinsbare Entwicklungskredite. Die vorgesehenen 69 Mrd. Yen (1982/83: 65 Mrd.)

sind für die Finanzierung einer Reihe von Eisenbahnen und Hafenbauprojekten sowie für die Petrochemie und Stahlindustrie bestimmt. Wie die vorausgegangenen Kredite sind die jetzt zugesagten mit einem Zinssatz von 3% und einer Laufzeit von 30 Jahren bei 10 zinsfreien Jahren ausgestattet (NfA, 10.8.83).

-lou-

(40)

2. Amerikanisch-chinesisches Textilabkommen unterzeichnet

Am 19.8.83 wurde das 2. Textilhandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik unterzeichnet. Mit dem Abschluß dieses Abkommens haben die beiden Staaten ihren im Januar dieses Jahres ausgebrochenen Handelsstreit beendet. Wie aus offiziellen Kreisen in Beijing verlautet, darf der Umfang der chinesischen Textileinfuhren in die USA um nicht mehr als 3,5% jährlich zunehmen. Das alte Abkommen, das zum 31.12.82 ausgelaufen war, hatte noch einen Zuwachs von 6-7% jährlich erlaubt. In Ermangelung einer neuen Übereinkunft hatten die USA für 1983 die Textileinfuhren aus China auf das Niveau des Vorjahres mit einem Umsatz von ca. 800 Mio. US\$ begrenzt. Daraufhin untersagte die Volksrepublik China im Januar den Import von Baumwolle, Chemiefasern und Sojabohnen aus den USA und reduzierte die Einfuhr verschiedener Agarprodukte.

Das neue Abkommen gilt für den Zeitraum vom 1.1.83 bis zum 31.12.87 (XNA, 20.8.83; vgl. auch C.a., Jan. 1983, S.10, Ü.24).

-lou-

(41)

Weitere Offshore-Ölverträge abgeschlossen

Nachdem am 10.5.1983 bereits in Beijing fünf Kontrakte zur gemeinsamen Ölförderung zwischen der China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) und einer internationalen Gruppe von Ölfirmen unter der Leitung der britischen BP abgeschlossen worden waren, wurden nun weitere Verträge dieser Art abgeschlossen. Die mit der BP-Gruppe abgeschlossenen Verträge galten als Musterverträge (vgl. Ü 30, C.a., Mai 1983, S.282).

Am 6.8.1983 wurden in Beijing Verträge zwischen der CNOOC und zwei internationalen Konsortien abgeschlossen. Das erste Konsortium, bestehend aus der

Occidental Eastern Inc. (USA), der Société Nationale Elf Aquitaine und der Total Exploration (Frankreich) und der Exploration Overseas Ltd. of Tricentrol P.L.C. (Großbritannien), erhielt ein Förderungsgebiet von 1.286 qkm. Das zweite Konsortium, bestehend aus der Occidental Eastern Inc. (USA), der Hispanica de Petroleos S.A. (Spanien), der CSR Ltd. und der Ampol Exploration Ltd. (Australien) sowie der Exploration Overseas Ltd. of Tricentrol P.L.C. (Großbritannien), erhielt ein etwas gleichgroßes Gebiet im Umfang von 1.284 qkm. Nach den Verträgen müssen die Konsortien ca. 120 Mio.\$ (davon die Hälfte jeweils von Occidental) in die Exploration während der ersten drei Jahre einer fünfjährigen Explorationsperiode einbringen. Falls kommerziell verwertbares Öl gefunden wird, wird China 51% der Produktionskosten tragen. Das produzierte Öl wird dann nach einem bestimmten in den Verträgen festgelegten Schlüssel verteilt. Falls kein Öl gefunden wird, liegt das Gesamtrisiko bei den ausländischen Konsortien.

Am 23. August wurden zwei weitere Verträge mit der Esso-China Ltd. (USA) und der Shell Exploration (China) Ltd. (Großbritannien) sowie der CNOOC abgeschlossen. Die zwei den Firmen konzessionierten Blocks im Mündungsgebiet des Zhu-Flusses haben einen Umfang von 5.120 qkm. Wie Qin Wencai, der Präsident der CNOOC, mitteilte, werden die Ölfelder nach 1986 die ersten Erträge erbringen und um das Jahr 1990 beträchtliche Fördermengen erreichen können.

Wie der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang gegenüber Vertretern der Firmen Esso und Shell ausführte, sei die Erschließung seiner Ressourcen im Zusammenhang mit anderen Ländern in der gegenwärtigen Modernisierungskampagne des Landes die festgelegte, langfristige Politik Chinas, die sich nicht ändern werde. Zhao fügte hinzu: "Wir wissen, daß wir, um diese Politik zu realisieren, die legitimen Interessen der Investoren garantieren müssen." China halte sein Wort und respektiere seine Verträge. China mißt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und anderen Industrieländern Bedeutung bei. Bezüglich der offensichtlich niedrigen Effizienz und des schlechten Service im Lande sagte er, daß sich die Dinge ändern würden. Er fügte hinzu: "Die mit China zusammenarbeiten, brauchen Mut, werden aber am Ende keine Verluste er-

leiden" (XNA, 6.8., 23.8., 24.8.83; IHT, 8.8.83; MD, 26.8.83).
-lou-

(42)**Sonderwirtschaftszone Zhuhai wird ausgeweitet**

Mit Genehmigung des Staatsrates hat die Provinzregierung von Guangdong das Gebiet der Sonderwirtschaftszone Zhuhai von 6,81 qkm auf 14,1 qkm ausgeweitet. Zur Zone gehören nun das Touristenzentrum von Shijingshan, das Zhuhai-Hotel, die Wollwarenfabrik Xiangzhou und der Bezirk Gongbei. Nach Errichtung der Zone im Jahre 1980 wurden insgesamt 14 Verträge mit ausländischen Firmen über die Gründung von Joint Ventures oder über Produktionskooperationen abgeschlossen (XNA, 28.7.83).
-lou-

(43)**Shenzhen baut neues Touristenzentrum**

An einem See an der Nordgrenze der Wirtschaftssonderzone Shenzhen hat der Bau von Hotels, Restaurants und Wohnhäusern für das neue 4 qkm große Touristenzentrum Yinhu begonnen. Nach Aussagen eines Sprechers der Yinhu Tourist Centre Co. Ltd. könne das Zentrum Anfang des nächsten Jahres den Betrieb aufnehmen.

Gegenwärtig werden Anteilscheine verkauft, um die von der Regierung bereit gestellten Fonds für das Touristenzentrum zu ergänzen. In der ersten Phase des Entwicklungsprojektes hofft die Yinhu Co., zwischen 5 und 10 Mio.Yuan aufzubringen. Das gesamte Investitionsprojekt benötigt 15 Mio.Yuan; die Provinzregierung von Guangdong wird den Rest übernehmen. Bislang waren die meisten Käufer der Anteilscheine lokale Unternehmen sowie Privatleute, darunter Bauern, die im Zuge der ländlichen Reform wohlhabend geworden sind. Fünf Firmen aus Hongkong haben ihre Vertreter entsandt, um mit der Entwicklungsgesellschaft über Anteilsscheine zu verhandeln. Seitdem die Gesellschaft im Juli 1983 die Genehmigung zur Ausgabe der Anteilsscheine erhalten hatte, wurden mehr als 10.000 Anteilsscheine im Werte von 10 Yuan pro Stück verkauft (XNA, 9.8.83).
-lou-

WIRTSCHAFT**(44)****China wird Patentbüros errichten**

Der China Council for the Promotion of International Trade (CCPIT) bereitet im Hinblick auf die bevorstehende Verabschiedung des Patentgesetzes mit Ermächtigung des Staatsrates die Errichtung von Patentbüros für die Abwicklung des Auslandsgeschäftes vor. Sobald das Gesetz rechtskräftig ist, werden die Ämter sowohl für ausländische Patentanmeldungen in China als auch für chinesische Patentanträge im Ausland zuständig sein. Dies wurde auf einer nationalen Konferenz über Patentwesen, die Anfang August nach Peking einberufen worden war, mitgeteilt.

Wie außerdem auf der Tagung bekannt wurde, steht der Entwurf des Patentgesetzes im nationalen Volkskongreß zur Beratung an, um in Kürze verabschiedet zu werden. Parallel dazu laufen Vorbereitungen des staatlichen Patentamtes und der entsprechenden örtlichen Organisationen zur Schaffung inländischer Patentbüros, die bei der praktischen Durchführung des Gesetzes ihre Dienste anbieten und die Rechte und Belange individueller oder institutioneller Patentinhaber schützen sollen.

Patentanwälte müssen nach den Richtlinien des Patentamtes eine wissenschaftlich-technische Hochschulausbildung haben und mindestens drei Jahre praktische Erfahrung und Kenntnis einer Fremdsprache nachweisen. Es werden außerdem Kenntnisse des chinesischen und ausländischen Patent-, Privat-, Verfahrensrechts und des internationalen Patentwesens verlangt. Alle Anwälte müssen bei den Patentbüros eingetragen sein und die entsprechenden Prüfungen abgelegt haben.

Zur Schaffung der internationalen Zusammenarbeit plant das staatliche Patentamt die Schaffung eines mit modernen Einrichtungen ausgestatteten Vermittlungszentrums für Patentdaten, das Verbindung und Austausch mit ausländischen Datenzentren ermöglichen und Patentkenntnisse verbreiten soll. Bislang stehen dem geplanten Zentrum etwa 20 Millionen Patentdaten aus verschiedenen Ländern oder rd. 70% der gesamten internationalen Patentdokumentation zur Verfügung.

Die noch fehlende chinesische Pa-

tentgesetzgebung ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Patent- und Urheberrechtes einer der Gründe dafür, daß der Technologietransfer und die Vermittlung von Know-how im Rahmen von Joint Ventures, Koproduktionen oder Kompensationsgeschäften bisher hinter den chinesischen Erwartungen zurückgeblieben sind. Zwar enthalten die z.B. mit der Außenhandelsgesellschaft Techimport abgeschlossenen Lieferverträge vielfach eine Klausel, die eine Weitergabe des gelieferten Know-hows an dritte Parteien außerhalb Chinas untersagt. Nach Ansicht von Lieferfirmen ist aber immer noch nicht sichergestellt, daß nicht andere chinesische Einheiten als die im Vertrag spezifizierten Partner in den Besitz der nicht für Dritte bestimmten Technologien gelangen können (NfA, 30.8.83; XNA, 8.8.83).
-lou-

(45)**Außerplanmäßige Investitionsprojekte werden zurückgedrängt**

In Ausführung des eiligen Rundschreibens, das der Staatsrat zum Schutz der staatlichen Schlüsselprojekte erlassen hatte, sind in einigen chinesischen Provinzen und Regionen außerplanmäßige Investitionsprojekte nun gestoppt oder aufgeschoben worden. Nach dem im Juli 1983 erlassenen Rundschreiben sollten vor allem die nicht im Plan enthaltenen oder nichtproduktiven lokalen Projekte zurückgedrängt werden, um die Materialien und Mittel auf die nationalen Investitionsprojekte konzentrieren zu können, die die erste Priorität genießen.

In der Provinz Liaoning wurden 104 Projekte gestoppt; dadurch wurden die Investitionsmittel um 25,5 Mio.Yuan reduziert.

Die Provinzregierung von Heilongjiang hat ihre im Mai d.J. getroffene Entscheidung revidiert, die Arbeit an einer offen Tagebaumine in Heibaoshan fortzuführen. Nachdem die neue Entscheidung bekanntgegeben war, wurden die Arbeiten gestoppt.

In der Autonomen Region Guangxi sind 89 Projekte entweder gestoppt oder verschoben worden. Die Investitionen in 82 anderen Projekten sind reduziert worden, wobei insgesamt 40 Mio.Yuan eingespart wurden.

In der Provinz Henan wurden insgesamt 157 Zigarettenfabriken geschlossen, die nicht im Staatsplan enthalten waren. Es wurden Arbeitsteams entsandt, die die neue Verwendung der Arbeiter, Ange-